



HESSISCHER LANDTAG

25. 03. 2014

Plenum

Antrag

der Abg. Frankenberger, Weiß, Barth, Eckert, Faeser, Gremmels, Grüger (SPD) und Fraktion

betreffend Bahnlärm reduzieren - Lärmschutzmaßnahmen zügig umsetzen

Die Belastungen durch Bahnlärm haben inzwischen nicht nur für die Anwohnerinnen und Anwohner im Mittelrheintal und dem Rheingau ein erträgliches Maß weit überschritten. Die Dauerbelastungen durch Verkehrslärm, dazu zählen auch die Beeinträchtigungen durch Straßen- und Fluglärm, führen vor allem zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck und zur Einschränkung der Leistungsfähigkeit. Im UNESCO Welterbe Oberes Mittelrheintal und dem Rheingau kommen zu den Belastungen durch Lärm und Erschütterungen Einbußen in der Tourismuswirtschaft hinzu.

Der Hessische Landtag hat sich wiederholt und teilweise parteiübergreifend für eine deutliche Reduzierung der Lärmbelastung eingesetzt. Inzwischen sind punktuelle Lärmsanierungsmaßnahmen im Lärmsanierungsprogramm des Bundes umgesetzt worden. Gleichzeitig bestehen hinsichtlich der Einführung leiser Bremsen und eines lärmabhängigen Trassenpreis-Systems noch Vollzugsdefizite durch die Deutsche Bahn AG und den Bund. Nach wie vor ist infolge einer zu geringen Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise der Anreiz für eine umfassende und zeitnahe Umrüstung zu gering.

Alternative Routenführungen für Güterzüge wurden ebenso zum Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet wie die Prüfung einer neuen Güterverkehrs-Achse.

Die Schweiz hat mittlerweile verschärfte Lärmgrenzwerte für Bahnverkehre festgelegt, was de facto zu einem Verbot der herkömmlichen, lauten Bremssysteme (Graugussbremse) führen wird und unmittelbare Auswirkungen auf die internationalen Güterverkehre - unter anderem durch das Mittelrheintal - zur Folge hat.

Zu befürchten ist jedoch, dass nach Art. 4 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Lärmsanierung der Eisenbahnen die Frist zur Einführung von Emissionsgrenzwerten zum 1. Januar 2020 "aus wichtigen Gründen" um zwei Jahre verschoben werden kann. Damit würde wertvolle Zeit im Engagement um eine Reduzierung des Bahnlärms verloren gehen.

In seinem Gutachten "Die Zulässigkeit von Geschwindigkeits- und Durchfahrtsbeschränkungen für laute Güterzüge im Mittleren Rheintal aus der Warte des deutschen und europäischen Rechts" im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz vom Dezember 2013 kommt Prof. Dr. K. von der Universität Passau zu dem Ergebnis, dass Betriebsbeschränkungen grundsätzlich als solche mit dem deutschen als auch dem europäischen (Eisenbahn-)Recht vereinbar sind.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt alle Anstrengungen der Bundesregierung zum Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm, das Engagement der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner im Rheingau und oberen Mittelrheintal für einen deutlich verbesserten Lärmschutz und zudem begrüßt er ausdrücklich die weitsichtige Initiative der Schweiz für einen verbesserten Lärmschutz an Verkehrsachsen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich entschlossen für einen verbesserten Lärmschutz an Verkehrsachsen einzusetzen und in den Ministerkonferenzen und im Bundesrat Initiativen auf den Weg zu bringen, um einheitliche Lärmschutzziele und Lärmobergrenzen gesetzlich zu verankern; ein gesetzliches Lärmmonitoring zu erwirken, um die Umrüstung auf Verbundstoffbremssohlen sowie die weitere Lärmentwicklung zu überwachen und auch durch schadhafte Waggonen verursachte extreme Einzelschallpegel

zu erfassen; eine spezielle gesetzliche Grundlage für Betriebseinschränkungen zu schaffen (wie sie laut Gutachten von Prof. K. zulässig ist); das Eisenbahn-Bundesamt durch eine Anordnungsbefugnis zum Schutz vor Lärm und Erschütterung in die Lage zu versetzen, als Überwachungsbehörde notwendige Lärmschutzmaßnahmen veranlassen zu können.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Sofortmaßnahmen wie niedrige Lärmschutzwände, Schienenstegdämpfer und eine sofortige Umrüstung auf leise Bremsen gegenüber der Deutschen Bahn AG einzufordern sowie alternative Routenführungen weiter zu forcieren.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Bund gegenüber für die zügige Prüfung der Voraussetzungen für eine Neubaustrecke für Güterverkehre einzutreten.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zur Entlastung der Schienenstrecke am Mittelrhein auch die Kapazitätserweiterung in der Binnenschifffahrt beim Bund einzufordern.

Wiesbaden, 25. März 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Frankenberger
Weiß
Barth
Eckert
Faeser
Gremmels
Grüger